



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 10. April 1910.

(Die Polizei und die Wahlrechtsdemonstrationen. Krisis im Baugewerbe. Die Konservativen und die letzten Spuren der Blockära. Der nahe Orient.)

Am heutigen Sonntag wird die Reichshauptstadt zum erstenmal der Schauplatz polizeilich gestatteter Massenversammlungen unter freiem Himmel sein, in denen gegen das preußische Landtagswahlrecht protestiert werden soll. Eine demokratische und zwei sozialdemokratische Veranstaltungen dieser Art sind geplant. Man darf wohl annehmen, daß dabei von den Veranstalter alles aufgeboten werden wird, um Unordnungen und Ausschreitungen zu verhüten.

Erfreulich ist der Verlauf dieser Angelegenheit trotzdem nicht. Wir gehen bei unserm Urteil von der Meinung aus, daß es bei allen solchen Fragen gar nicht so sehr darauf ankommt, ob irgendeine Partei ihre Wünsche erfüllt oder versagt sieht, sondern ob die über den Parteien stehende Staatsautorität gewahrt bleibt oder nicht. Von vornherein möchten wir eine Beweisführung ablehnen, die mit den Begriffen der „staatserkhaltenden“ und der „Umsturzparteien“ arbeitet. Sowie wir leider haben erfahren müssen, daß der Konservatismus neuester Prägung gar nicht davor zurückscheut, der Staatsautorität die stärksten Stöße zu versetzen, so sehen wir andererseits keine Veranlassung, in jeder oppositionellen Regung an sich eine Gefahr für den Bestand des Staats zu wittern. Wenn Fragen der Staatsautorität zu erörtern sind, wird man gut tun, den schematischen Parteistandpunkt ganz beiseite zu lassen und allgemeine Gesichtspunkte heranzuziehen. Freilich auch nicht kleinliche Gesichtspunkte polizeilicher Natur. Die Frage ist und bleibt eine durchaus politische. Volkscharakter, Charakter der staatlichen Einrichtungen und der politischen Lage sind dabei bestimmend. Massenversammlungen in Paris sind etwas ganz andres als in London, und beide wieder etwas ganz andres als in Berlin. Gewiß besteht in allen Großstädten die Gefahr, daß sich unlautere Elemente in größerer Zahl unter die Massen mischen und sie zu Ungeheuerlichkeiten anstiften. Aber für die politische Beurteilung der Wirkungen kommt das Temperament und die Gesamtstimmung des Volkes in Betracht. Eine Massenbewegung, die dem nicht Rechnung trägt, straft sich selbst und erntet nur Mißerfolg. Die Deutschen sind kein Volk, das auf die Dauer an politischen Deklamationen und Aufzügen Geschmack findet. Was ihr Interesse anregt, was sie in ihrer Gefinnung bestärkt, das bieten ihnen gerade solche Massenveranstaltungen nicht, — wenigstens nicht, sobald sie den Reiz der Neuheit und des Ungewöhnlichen eingebüßt haben. Anders ist es natürlich, wenn eine revolutionäre Stimmung die Massen schon so weit erfüllt, daß der Drang, diese Stimmung auszudrücken und womöglich zur Tat zu treiben, alle andern Erwägungen zurückdrängt und das in der Zahl sich ausdrückende Machtgefühl eine ganz neue und besond're Bedeutung gewinnt. Ob eine revolutionäre Stimmung in diesem Sinne im Volke besteht und ob die Wahlrechtsfrage sie zum Ausbruch treiben könnte? Wir möchten das bestreiten, vielmehr darauf hinweisen, daß auch die sozialdemokratische Partei solche Ausbrüche, wo sie vielleicht aus örtlichen Ursachen möglich sind, zurzeit eher fürchtet als erhofft. Sie weiß, daß es keine größere Schädigung der Sache der Wahlreform geben könnte, als eine Anzahl von Krawallen, bei denen die Schuld erweislich den Volksmassen selbst

zufallen müßte. In unserm Volkscharakter, in unsern Einrichtungen, in unsern Überlieferungen fehlen alle Momente, die den ruhig verlaufenden, wiederholten Massenkundgebungen eine fortreizende, eindrucksvolle Wirkung oder den etwa tumultuarisch verlaufenden Kundgebungen dieser Art eine einschüchternde Wirkung auf die maßgebenden Kreise des Bürgertums sichern könnten.

Wenn man sich das alles überlegt, so wird man wohl zu der Meinung gelangen, daß die Behörden diese Fragen von Anfang an so weitherzig wie möglich hätten behandeln müssen. Immerhin ist das Ansichtssache. Waren aber einmal die Grenzen der Bewegungsfreiheit enger gezogen, so konnte ihre Erweiterung nur in dem Maße erfolgen, als die Bedenken und Befürchtungen sich unbegründet erwiesen hätten. Unter diesem Gesichtspunkt wird man für das Verfahren des Berliner Polizeipräsidiums allerdings nur schwer eine Erklärung und Rechtfertigung finden. Denn der bisherige Verlauf der Wahlrechtsdemonstrationen zeigte gar zu deutlich, daß es der bürgerlichen und sozialen Demokratie vor allem darum zu tun war, das ablehnende Verhalten der Behörden zu einer Diskreditierung der Staatsgewalt gegenüber dem, was man im demokratischen Lager den „Volkswillen“ zu nennen liebt, auszunutzen. Es gab ja Mittel und Wege, die Wahlrechtsdemonstrationen vorläufig in kleineren Versammlungen fortzusetzen, diese zu Protestkundgebungen gegen die von der Polizei verfügten Beschränkungen zu benutzen und so indirekt einen gesetzmäßig einwandfreien Druck auf die Stellung der Polizei zu den Massenversammlungen unter freiem Himmel auszuüben. Dann wäre auch ein Nachgeben der Polizei gerechtfertigt gewesen. Dieser Weg wurde aber von der Opposition nicht eingeschlagen, sondern man suchte den Widerstand der Polizei durch eine Form der Wahlrechtskundgebungen zu beseitigen, die eine Umgehung und Verhöhnung des Gesetzes in sich schlossen. Auf diese Seite der Sache haben wir schon früher hingewiesen. Wenn jetzt die Berliner Polizeibehörde nach solchen Erfahrungen plötzlich Entgegenkommen gezeigt hat, so wird leider der Eindruck nicht zu verweisen sein, daß dieser Erfolg nicht auf die legitime Beseitigung einer gelegentlich zu Unrecht verfügten Freiheitsbeschränkung — die Korrektur eines Irrtums schadet der Autorität nie etwas —, sondern auf den Sieg ordnungswidriger Bestrebungen über die gesetzliche Autorität hinausläuft. Wir bedauern also die Entscheidung an sich nicht. Die macht uns nicht ängstlich. Aber wir bedauern den Zusammenhang, in dem sie getroffen ist.

Gegenwärtig stehen wir auch vor einem wirtschaftlichen Kampf, der vielleicht von weiter reichenden Wirkungen sein kann. Auf die Möglichkeit seines Ausbruchs haben wir schon früher (Heft 3) hingewiesen. Der Ablauf der Tarifverträge im Baugewerbe hat zu einer Krise geführt, da die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bisher ergebnislos geblieben sind. Obwohl die Bedingungen, die von der Organisation der Arbeitgeber in Dresden vereinbart worden waren, durchaus Maß hielten, sind sie doch von den Arbeitnehmern zunächst für unannehmbar erklärt worden. Ein von dem Reichsamt des Innern unternommener Vermittlungsversuch ist gescheitert, und so steht zu erwarten, daß die Arbeitgeber alsbald mit Aussperrungen vorgehen werden, nachdem alle billigen Erwartungen von der Gegenseite nicht erfüllt worden sind, also die Absicht, in den Kampf einzutreten, festzustehen scheint. Durch diesen Zwist werden so viele Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen, daß seine Ausdehnung und Wirkungen schwer abzuschätzen sind. Soviel bisher zu erkennen ist, liegen die Aussichten für die Arbeitnehmer nicht günstig.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat seine Arbeiten nach der Osterpause wieder aufgenommen, und von verschiedenen Seiten wird nun eine Klärung

erwartet, ob in der Stellung der Parteien zum Wahlrechtskompromiß, über den zum zweitenmal abgestimmt werden muß, eine Änderung eintreten wird. Vorläufig deutet nichts darauf hin, daß irgendwelche Verhandlungen (vgl. unsern Leitartikel in Nr. 13) mit Aussicht auf Erfolg gepflogen werden. Es hat im Gegenteil den Anschein, als ob sich Zentrum und Konservative immer bewußter und offener gegen die Mittelparteien und die Linke zusammenschließen. Vor acht Tagen erklärte die „Kreuzzeitung“ in ihrer Wochenschau über innere Politik ganz unverhohlen, daß es den Konservativen darauf ankomme, der Regierung darin behilflich zu sein, daß die letzten Folgen der Blockära beseitigt würden, damit wieder eine Regierung über den Parteien möglich würde an Stelle der Anflänge an ein parlamentarisches Regiment. Wir wollen den alten Streit nicht weiter aufführen, als durchaus notwendig ist, aber es muß doch zur Klärung der Lage gesagt werden, daß diese Auffassung des konservativen Blattes unhaltbar und widersinnig sein würde, wenn nicht der Blockära ein Sinn und eine Bedeutung untergelegt würden, die sie tatsächlich nie gehabt hat und nie haben sollte. Diese Bedeutung ist der Blockpolitik nur von den Konservativen gegeben worden, um ihre Parteipolitik zu rechtfertigen. Stellt man unabhängig von allen Parteiverdrehungen den Begriff der Blockpolitik, so wie sie Fürst Bülow verstand, wieder her, so bedeutet sie nichts anderes als die Unterordnung der Parteipolitik unter nationale Gesichtspunkte, um in einzelnen Fragen von nationaler Bedeutung eine beherrschende Stellung der Parteien zu verhindern, die ihrem Wesen nach in solchen Fragen keine Garantie bieten können. Es ist schon schlimm genug, daß eine solche gesunde Politik durch das Hervorbereiten des jämmerlichsten Parteigeistes für lange Zeit unmöglich gemacht worden ist. Wenn jetzt aber die Konservativen noch einen Schritt weiter gehen und die Blockpolitik nicht nur als ein mißglücktes Experiment, sondern als einen prinzipiellen Fehler hinstellen, dessen Folgen beseitigt werden müßten, so bedeutet das eine neue Verschärfung der Gegensätze. Denn wörtlich genommen würde diese Ansicht besagen, daß die Konservativen keine Unterordnung ihrer Parteigrundsätze unter höhere Gesichtspunkte wollen, und daß sie sich weiter die Möglichkeit sichern wollen, auch in nationalen Fragen mit dem Zentrum gegen die zur Mitarbeit bereiten Liberalen zu marschieren. Das — und nur das — hieße wirklich die Blockära mit Stumpf und Stiel ausrotten.

In der auswärtigen Politik haben wir zuletzt insbesondere das Verhältnis Deutschlands zu Italien besprochen. Was die italienische Politik in der letzten Zeit vornehmlich verwickelter gestaltet hat, waren die Beziehungen zum Orient. Hier schien die Gefahr einer ernstlichen Störung des Dreibundverhältnisses vorzuliegen, denn Italien wurde durch seine Balkaninteressen mehr an die Seite der südslawischen Staaten geführt, die ihrerseits den Blick nach Petersburg gerichtet hatten und sich mit Rußland in scharfem Gegensatz zu Österreich-Ungarn fühlten. Wieder einmal schien die Balkanhalbinsel der politische Wetterwinkel für Europa werden zu sollen. Es liegt nahe, daß diese Besorgnis auch heute noch nicht vollständig gebannt erscheint, wiewohl Italien in allen diesen Krisen loyal vermittelt, Rußland sich mit Österreich-Ungarn verständigt hat und die Besuche des Bulgaren- und des Serbenkönigs, die nacheinander zuerst in Petersburg und dann in Konstantinopel erschienen, ein gewisses Unterpfand für die allgemein bestehenden friedlichen Absichten bedeuten. Aber für die breitere Öffentlichkeit sind die Verhältnisse viel zu undurchsichtig, und im ganzen sind sie zu sehr von unberechenbaren Momenten abhängig, als daß Mißtrauen und Besorgnisse so leicht zu beseitigen wären. Dazu trägt die Eigenart der Politik Iswolskis sehr wesentlich

bei. Denn das Projekt des sogenannten Balkanbundes und die Hoffnungen, die in den Balkanstaaten durch die Besuche König Ferdinands und König Peters an der Newa angeregt worden sind, sind jedenfalls schwer vereinbar mit der Anerkennung des status quo, wie sie in der Verständigung mit Österreich-Ungarn enthalten ist. Sehr wichtig ist unter diesen Umständen, daß die Türkei eine feste und entschiedene Politik führt und sich nicht durch ehrgeizige Pläne der Balkanstaaten aus ihrer Bahn locken läßt. Noch bedeutamer aber ist die Stellung, die Österreich-Ungarn durch tatkräftige und zielbewußte Politik im nahen Orient gewonnen hat. Zu dieser Stellung gehört auch der zuverlässige Rückhalt, den es am Deutschen Reich besitzt. Es ist für uns von Bedeutung, daß durch die Gruppierung der Mächte ein Gleichgewichtssystem geschaffen ist, das dem unruhigen Ehrgeiz Iswolkfis Schranken setzt und die Gefahr, die dem europäischen Frieden vom nahen Orient her droht, wesentlich verringert.

Zur Auffrischung der Mittelparteien. Die Lage der politischen Parteien in Deutschland ist aus verschiedenen in den „Grenzboten“ bereits wiederholt erörterten Gründen recht wenig erfreulich. Eine der wichtigsten Ursachen ist die Tatsache, daß in den Parteiäußerungen die Sachlichkeit und Sachkenntnis zu vermissen ist und daß zugleich rings um die Parteien herum Fachvereinigungen entstanden sind, die ihnen an Schlagfertigkeit überlegen sind; die Generalsekretäre dringen in die Parteien ein und betreiben dort die Politik der Fachvereine, so daß die Fraktionen durch die neuen Gebilde von außen und innen bedroht sind. Wirksame Abwehr ist nur zu leisten, wenn sich die Parteien wieder ein möglichst hohes Maß von Sachkenntnis zulegen, so daß sie nicht der Dialektik der Generalsekretäre unterworfen sind. Die Generalsekretärs-Politik hat für sich genommen einen bedeutenden Wert, ist aber für das Parteileben nicht ganz ungefährlich, weil sie potenzierte Interessenspolitik ist.

Es wird ja geklagt, daß sich in den Parlamenten eine große Unsicherheit und Willkür in den Entschliessungen der Fraktionen geltend mache, und hauptsächlich soll dies auf mangelhafte Instruktion der aus den verschiedensten Lebensberufen herausgegriffenen Volksvertreter zurückzuführen sein. Wer die Schwankungen in unserer Zuckersteuerepolitik, die sprunghafte Entwicklung unserer Steuer- und Zollpolitik überhaupt, die starke Einseitigkeit unserer agrarfreundlichen Gesetzgebung verfolgt hat, wird schwer eine andere Erklärung für diese Eigenarten des Parlamentarismus angeben können. Es fehlt so sehr der innere Zusammenhang in den gesetzgeberischen Vorgängen, daß häufig Mangel an sachlichem Ernst, ja sogar an Charakter vermutet werden kann. Freilich nicht ausnahmslos. So ist es den Sozialdemokraten und dem Zentrum gelungen, in den Fraktionen und auch draußen in der Partei auf den meisten Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Leute heranzubilden, die mit den Dingen Bescheid wissen, über die sie gelegentlich reden sollen. Wenig gut steht es dagegen bei den Deutschkonservativen, geradezu traurig bei den Mittelparteien. Die Konservativen sind mit ihrer Organisation ganz in die des Bundes der Landwirte aufgegangen. Die Mittelparteien stehen vor der Gefahr, vom Hansabunde aufgesogen zu werden. Dementsprechend sieht es auch in der Publizistik aus. Bei der Bedeutung, die heute einer starken Mittelpartei für unser öffentliches Leben zukommt, ist dieser von manchen Seiten bereits beklagte Vorgang keine Privatangelegenheit, sondern bis zu einem Grade ein allgemeines Problem, das auch die ausgesprochenste Aufmerksamkeit der Kreise außerhalb der eigentlichen Parteien verdient.

In erster Linie ist zur Abhilfe Rückkehr zur größeren Sachkenntnis und Sachlichkeit geboten, selbst auf die Gefahr hin, daß das natürliche Übergewicht der Parlamentarier um eine Kleinigkeit gemindert, daß ein wenig dezentralisiert und Einfluß von außen in die Parteigeilde eingelassen wird. Vielleicht empfiehlt sich z. B. für die nationalliberale Partei, deren Erhaltung uns als eine nationale Notwendigkeit erscheint, die Umgestaltung des geschäftsführenden Ausschusses, der Spitze der Partei, derart, daß dort die Parlamentarier nicht nur unter sich sind. Sodann mag ein Anbau am Zentralvorstand in Erwägung gezogen werden. Dieser Beratungskörper, sozusagen die zweite Instanz, besteht gegenwärtig aus etwa 50 Juristen, 22 Verwaltungsbeamten, 30 Industriellen, 18 Vertretern von Handel und Börse, 21 Vertretern der Schule, Geistlichkeit, Wissenschaft, 6 Landwirten, 6 Generalsekretären usw. Diese Zusammensetzung mit dem vorwiegend juristischen, Gelehrten und Kommerziellen, mit dem Fehlen der Mittelschichten (Privatbeamten, kleinen Kaufleuten u. a.) und der gebildeten Arbeiterschaft ist schon nicht ganz zweckmäßig. Es kommt seine geistige Unbeweglichkeit hinzu. Was kann man mit einer Körperschaft von 150 Mann anfangen, wenn sie in Zwischenräumen von vielen Monaten zusammentritt und wenn sie dann in vier oder fünf Stunden die ganze politische Lage begutachten oder gar korrigieren soll?! Entweder sie findet nichts zu erinnern, wo viel zu sagen wäre, oder sie kommt in Konflikt mit der Führung.

Wie wäre es aber, wenn der heute unproduktive und ungefüge Zentralvorstand in einen produktiven verwandelt würde, indem er Gruppen zur Vorbereitung der programmatischen und gesetzgeberischen Aufgaben bildete? Z. B.: 1. Gruppe für Wirtschaftspolitik (zur Vorbereitung von Handelsverträgen, Agrarpolitik, Industriepolitik, Handwerk und Kleinhandel, soziale Angelegenheiten, Finanzfragen, Verkehrsangelegenheiten); 2. Justizwesen und Verwaltungsreform, Staatsrecht, Wahlrecht usw.; 3. auswärtige, Kolonial-, Militär- und Marinepolitik; 4. Schule-, Kirchen-, Kulturpolitik.

Die Ausschüsse würden aus den Mitgliedern des Zentralvorstandes gebildet, müßten sich einen Obmann und einen Schriftführer wählen, durch Sachverständige aus dem Lande ergänzen und die schwebenden Fragen der Politik bearbeiten. Die Ausschüsse würden die Partei mit einer ausreichenden Zahl von Sachkennern in Zusammenhang bringen. Gute Referate schriftlicher und mündlicher Art würden der Publizistik neuen Stoff zuführen. Die Regierung würde rechtzeitig erfahren, was die gebildete Mittelschicht der Nation verlangt. Die Nation würde wieder etwas von einer zielsicheren geistigen Führung zu spüren bekommen. Arbeitsfrohe Kräfte würden der Partei zuströmen, die Jugendorganisationen könnten zur produktiven Tätigkeit angehalten werden, während sie sich heute mit den Alten Herren meist über Kleinigkeiten herumschlagen. Schließlich würde die gesamte Einrichtung der Volksvertretung gewinnen, wenn die gesetzgeberischen Aufgaben auch von den Parteien gründlicher vorbereitet würden und wenn die Fraktionen der Regierung mit einwandfreiem sachlichen Material gegenüberreten könnten.

Man kommt mit Einwendungen: Der Apparat ist zu kompliziert, arbeitet zu langsam, es fehlen die arbeitsfrohen Kräfte, es steckt zu viel Gelehrsamkeit und Doktrin dahinter, zu wenig Schlagfertigkeit. Die Gefahr, daß die Dinge sich so gestalten könnten, soll nicht geleugnet werden. Aber warum finden die Interessenverbände tüchtige Hilfskräfte? Es wäre lediglich Sache der Parteileitung, sich entsprechende Kräfte heranzubilden. Ohne ein lebhaftes Interesse der Parteileitungen ginge es überhaupt nicht. Andernfalls würden die vorgeschlagenen Einrichtungen nur ein Scheindasein führen.

An sich ist die Sache schon ähnlich bei anderen politischen und wissenschaftlichen Gruppen erprobt worden und mit einigem Wohlwollen, ja mit etwas Reformeifer angefaßt könnte sie neues Leben wecken. Zunächst würde freilich die Zusammensetzung der Abteilungen ungleich ausfallen, aber das regelt sich mit der Zeit. Die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Führung, die unbedingt erforderlich ist, ist nicht bedroht, denn womit sich die Ausschüsse beschäftigen, das sind Spezialfragen, die auch jetzt schon einzelnen überlassen werden müssen. Setzt allerdings allzu vereinzelt Persönlichkeiten.

Wir wissen, daß Handel und Industrie eine Umformung des Parteiwesens in dieser oder ähnlicher Weise seit geraumer Zeit schon wünschen, also gar so doktrinär oder unpraktisch könnte das vorgeschlagene Verfahren nicht sein. So viel steht fest, die Mittelparteien von heute werden immer mehr ins Gedränge geraten, je mehr sie sich auf den Zufall einer passenden Wahlparole allein verlassen und je mehr sie sich von dem Prinzip der Zeit, dem Streben nach Wahrheit und Sachlichkeit, entfernen. Sollte darum unser Plan ungeeignet sein, so hole man einen anderen hervor, vermeide es aber, im süßen Nichtstun die Zeit zu versäumen. Denn die Zeit ist reif und drängt!

7.

Manet. (Zur Ausstellung im Kunstsalon Cassirer.) Manet steht vor uns, als die fast schon geschichtlich gewordene Erscheinung, die die Entwicklung des Impressionismus konsequent einleitete. Sein Leben ist eine Geschichte dieser Entwicklung, denn er hat unbeirrt dieser Aufgabe gedient, die eine Art gründlicher Revision der geltenden Ideale war. Er begann mit der Note der altmeisterlichen Malerei, mit den Blumen, er fügte sich Velasquez, was aber schon soviel bedeutete als Neuerung, und schließlich kam er dahin, alles mit eigenen Sinnen zu erleben, mit neuen Augen zu sehen und mit seinen Mitteln wiederzugeben.

Das ist das Überraschende in Manets Werk, daß selbst die Werke, die unter dem Zeichen der Altvorderen stehen, die Anfangsschöpfungen, von denen hier auch einige zu sehen sind, eine freie Selbständigkeit zeigen und jedenfalls eine hohe, klare Intelligenz verraten. Dann aber die anderen Schöpfungen, in denen jeder Pinselstrich, breit hingesezt oder geistreich leicht, eigen ist, alle Farben neugeboren zu sein scheinen und eine Helligkeit und dekorative Schönheit erreicht sind, die jede überkommene Note des Braunsanigen vertrieben haben. Das Zeichnerisch-Illustrative, genau Nachmalende ist verschwunden; dafür stuft sich alles als rein malerischer Wert unter dem Einfluß der Luft und des Lichts ab. Jede Form ist nur da um ihres Farbenwerts willen. Das Licht modelliert, läßt dieses zurücktreten, jenes betont es. Von den Alten, die schon zu ihrer Zeit Hellmalerei betrieben hatten (schon die frühen Deutschen und Italiener kamen hierfür in Betracht, dann Franz Hals, Goya und Velasquez), holte er sich Belehrung, und er setzte dann diese Linie mit aller Beharrlichkeit selbständig und neu fort, daß er sich in seinen reifen Werken ganz auch hiervon befreite.

Die Form baut sich nicht aus den zeichnerischen Konturen auf, sondern aus den Tönen der Farben. Dies war das eine Glaubensbekenntnis. Das andere lautete: Das Licht löst alle Flächen auf in flimmernde, schimmernde Einzelheiten. Es gibt keine Lokaltöne mehr; Licht und Luft tönen alle Farben ab.

Mit diesem Programm, dieser Sehnsucht ausgerüstet, trat Manet der Gegenwart und ihren Erscheinungen entgegen. Er zog das ganze Gegenwartsleben in seinen Bereich; der Alltag wurde von ihm geheiligt; er malte Szenen in den Cafés, im Restaurant, von der Straße, im Theater und überall entdeckte er nur Schönheit, und das war sein Evangelium, das er der Kunst brachte.

In seinem Schaffen hat er dokumentarisch die neue Sehnsucht verwirklicht. Er stellte aber auch der Folgezeit Aufgaben, die noch zu erfüllen waren. Sein Werk war fruchtbar, es war des Ausbaus fähig. Die Japaner kamen mit ihren ebenfalls hellen Farben. Man sah, man konnte noch kühner in den Kontrasten sein. Man sah, man konnte noch momentaner die Bewegungen geben. Man sah, man konnte noch mehr die „Komposition“ durchbrechen und doch harmonisch bleiben. Alles dies hatte ja Manet angebahnt. Aber er hatte immerhin noch darauf geachtet, einen bildmäßig abgeschlossenen Eindruck zu geben. Seine Menschen, so natürlich sie beobachtet und wiedergegeben waren, hatten noch etwas Starres, Steifes. Das ganz neue, dekorative Raumgefühl der Japaner, die auf der Fläche asymmetrisch komponieren, gab neue Ziele.

Die, die ihm folgten, die Degas, Renoir, Monet, Pissarro, Sisley, die bauten sein Werk aus, und selbst ein Cézanne, der die Vielheit dieser Farbnuancen wieder stilisierte, steht auf seinen Schultern. Diese Nachfolge von Meistern beweist wohl am besten die Bedeutsamkeit des Werkes Manet*), dessen Wirkung auch damit nicht abgeschlossen war. In allen Ländern richtete die aufkommende Künstlergeneration ihr Schaffen nach den von ihm gegebenen Gesichtspunkten.

Ernst Schur

Unser Nibelungenlied. In metrischer Übersetzung von Dr. H. Kamp. A. Familienausgabe in sagengeschichtlicher Beleuchtung und mit erläuternder Würdigung. 368 S. 5 M. — B. Erklärungsausgabe. VI und 431 S. 9 M. — Beide: Berlin, Mayer u. Müller.

Kamps Übertragung des Liedes will eine „Familienausgabe“ sein, sie will den Goldgehalt unseres kostbaren und doch der Mehrzahl so wenig lesbaren Nationalepos in neuzeitlicher Umprägung der deutschen Familie wieder schenken, sie will es zum Unsrigen machen. Keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten die Wiedergabe unserer mittelhochdeutschen Meisterwerke bei möglichster Anlehnung an das Original verknüpft ist, wenn man bedenkt, daß selbst vortreffliche Übertragungskünstler und Dichter wie Wilh. Herz nicht immer den richtigen Ton zu finden vermochten, daß unser größter Lyriker des Mittelalters, Walther von der Vogelweide, heute noch keine seiner würdigen Übertragung gefunden hat. Ungleich schwieriger liegen die Verhältnisse für das Nibelungenlied, aus inneren und äußeren Gründen. Kamp suchte darüber Herr zu werden, zunächst durch eine notwendige Kürzung des Liedes. Er schied das ästhetisch Genießbare vom Ungenießbaren, beseitigte die vielen störenden Strophenfüßel (namentlich im zweiten Teile des Liedes) und gab so dem Ganzen durch Ausschcheidung des störenden Beiwerkes eine straffere Komposition. Dadurch gelang es ihm auch zum großen Teil, die mannigfachen Stimmungswechsel und verschiedenen Töne der Dichtung zu vereinfachen und zu verschmelzen. Nur in diesem Gewand konnte der alte Heldenlied ein Volks- und Hausbuch unserer Tage werden, und diese Technik ist der mühevollen Arbeit Kamps auch entschieden zugute gekommen. Schwer war ja schon die Beibehaltung der Strophenform des Originals, auch in der freieren Handhabung des Bearbeiters, nicht minder die sprachliche Wiedergabe in annähernd flüssiger Sprache bei möglichster Anlehnung an die Dichtung, wollte die Übertragung nicht in den Fehler verfallen, der uns Simrocks wortgetreue Übersetzung so schwerfällig erscheinen läßt. Störend aber wirkt in der Ausgabe die typographische Absetzung der zweiten Vershälften nach veralteten

*) Die schöne Publikation, die der Verlag Paul Cassirer gleichzeitig herausgibt, eine Übersetzung des grundlegenden Werkes von Duret über Manet (mit zahlreichen Abbildungen, Preis 30 M.) kann als dauernde Erinnerung an diese Ausstellung gelten.

Lachmannschen Muster. — Die achtunddreißig Abenteuer des Nibelungenliedes sind bei Kamp in sechszwanzig Gesänge mit weiterer Untergliederung umgegossen, sehr zum Vorteil des Ganzen. Beigegeben sind diesen Gesängen erläuternde Würdigungen, die mehr sein wollen und mehr sind als bloße erläuternde Bemerkungen. Die knappen erzählenden Berichte über die Ausflänge der Sage (über das Lied vom Hürnen Seyfrid das Volksbuch vom gehörnten Siegfried und das Märchen vom Dornröschen) am Schlusse des Buches verdienen in dem Hausbuche besonders hervorgehoben zu werden; auch die einleitenden Bemerkungen über die altnordische Nibelungendichtung und die mutmaßliche Entwicklung unserer Sage werden Anklang finden.

Parallel dieser Familienausgabe geht die Erklärungsausgabe desselben Verfassers. Sie bietet außer der Textübertragung und den Zusätzen der Familienausgabe noch textkritische Bemerkungen, Einzel- und Übersetzungserklärungen und gegliederte Übersichten zu den einzelnen Gesängen. In ihr hat der Verfasser auch seine Grundsätze der Übertragung des Nibelungenliedes niedergelegt. So gelungen die Familienausgabe als solche bezeichnet werden darf, die Erklärungsausgabe stellt sich ihr unseres Erachtens nicht ebenbürtig zur Seite; bei der Vortrefflichkeit des Familien- und Hausbuches ist dies auch gar nicht verwunderlich. — Wir möchten zum Schlusse noch auf ein anderes vortreffliches Büchlein hinweisen, das den Lesern der Familienausgabe durch die Fülle des Dargebotenen manche willkommene Aufhellung und Vertiefung bieten dürfte: G. Holz, Der Sagenkreis der Nibelunge. Sammlung: Wissenschaft und Bildung, Leipzig 1907, 128 S. 1,25 M.

Dr. H. Gürtler (Düsseldorf)

Die konstitutionelle Fabrik. Von Heinrich Freese. 170 S. Jena 1909. Verlag von Gustav Fischer. (Broschiert 1,50 M., gebunden 2,50 M.)

Wie sich im politischen Leben die Herrschaftsformen geändert haben und das Volk sich ein Recht der Mitbestimmung und Mitentscheidung über die großen und kleinen Fragen des Staatslebens erkämpft und ausbedungen hat, so drängt es auch in der Industrie zur Umwälzung der Verfassung im Sinne einer Einschränkung der Herrschaftsgewalt des Unternehmers. Schon gibt es einige Beispiele in der Industrie, die zeigen, wohin der Weg führt. Es wird eine Zeit kommen, in der sich der Unternehmer, so gern er Herr im eignen Hause bleiben möchte, dazu bequemen muß, seinen Angestellten und Arbeitern ein mehr oder weniger großes Mitbestimmungsrecht einzuräumen, mit andern Worten seiner Fabrik eine Konstitution zu geben. Man kennt das große Beispiel des Zeißwerkes in Jena, dessen unvergesslicher Inhaber und Leiter sich seines Besitzrechtes völlig entäußerte, das Unternehmen in eine Stiftung verwandelte und den Angestellten und Arbeitern des Werkes einen Anteil an Verwaltung und Gewinn einräumte, der noch immer einzig dasteht. Daneben stehen die Versuche einiger weniger Unternehmer, die sich ihres Besitzrechtes nicht völlig entäußert, wohl aber ihren Mitarbeitern ein gewisses Mitbestimmungsrecht und einen Anteil an der Verwaltung ihres Unternehmens zugebilligt haben. Am bekanntesten unter ihnen ist Heinrich Freese, der seine sozialpolitischen Erfahrungen in mehreren Schriften niedergelegt hat. In der vorliegenden faßt er die Geschichte der Selbstverwaltung und des Verfassungslebens in seiner Zeißfabrik in anschaulicher Weise zusammen und schildert die mannigfachen Einrichtungen, die er im Laufe der Jahrzehnte gemeinsam mit seinen Arbeitern und Angestellten geschaffen hat. Fast alles, was sozialpolitische Theoretiker empfehlen und fordern, hat Freese bereits in seinem Betriebe eingeführt. Er hat eine Arbeitervertretung, ein „Fabrikparlament“ geschaffen, dem er einen weit-

gehenden Anteil an der Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen und der Regelung der Arbeitsverhältnisse eingeräumt hat. In Gemeinschaft mit ihr hat er Tarifverträge abgeschlossen, den Achtstundentag durchgeführt und die Gewährung von Sommerurlaub ermöglicht; durch Gewinnbeteiligung, Verbesserungsprämien und Dienstauszeichnungen hat er seine Beamten und Arbeiter zu wirklichen Mitarbeitern erzogen; durch weitestgehende Selbstverwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen der Fabrik — Unterstützungskasse, Witwen- und Alterspensionen, Fabrik- und Weihnachtspartasse, gemeinschaftliche Feuerversicherung, Erholungsräume, Gartenanlagen, Fabrikbücherei, gemeinschaftliche Festlichkeiten — hat er sich den Beifall und die Zufriedenheit seiner Leute gesichert. Es ist ihm mit allen diesen Mitteln gelungen, seine Arbeiter aus Industrieuntertanen zu Industriebürgern zu machen, d. h. zu Menschen, die in eigener Angelegenheit mitreden dürfen, und in ihnen das beruhigende Gefühl zu erwecken, daß der Betrieb nicht alles darf und nicht über sie wie über Maschinenteile verfügen kann. Es ist doppelt interessant, hier aus dem Munde eines Fabrikanten Berichte über Einrichtungen entgegenzunehmen, die man sonst nur als Postulate in den Büchern sozialpolitischer Theoretiker aufgezählt findet. Das Wertvollste aber an dem Buche ist der soziale Geist, von dem die Schrift getragen ist und der uns aus jeder Zeile entgegenleuchtet. Solche Anschauungen, wie sie Freese vertritt, bezeichnen einen gewaltigen Fortschritt auf dem Wege zum sozialen Frieden. Möchten darum recht viele Unternehmer, die sich noch nicht von ihrem Herrenstandpunkt losgemacht haben, das Büchlein lesen und — was wertvoller ist — seinen Inhalt auch beherzigen.

Georg Jahn (Leipzig)

Freiligrath-Briefe, herausgegeben von Luise Wiens, geb. Freiligrath. Stuttgart und Berlin. X. 277 Seiten. Als Festgabe zu Ferdinand Freiligraths Geburtstag, der sich am 17. Juni d. J. zum hundertsten Male jährt, hat Freiligraths Tochter Luise eine Sammlung noch nicht veröffentlichter Briefe herausgegeben, durch die unsere Kenntnis vom Lebens- und Werdegang des Dichters und seiner Angehörigen ergänzt und vertieft wird. Außer den Briefen an die in London an einen deutschen Kaufmann, Eduard Kroeker, verheiratete, 1904 verstorbene Lieblingstochter Käthe, die uns einen interessanten Einblick in den zwischen Vater und Tochter bestehenden regen geistigen Verkehr gewähren und nebenbei das Bild eines glücklichen Familienlebens und anregenden Freundeskreises entrollen, enthält die Sammlung an erster Stelle den Briefwechsel zwischen Freiligrath und seiner späteren Gattin Ida Melos, der vom Tage ihrer ersten Bekanntschaft bis zur Verlobung (12. Januar bis 17. August 1840) reicht. Dieser Teil des Buches ist der anziehendste.

Als Freiligrath seine kaufmännische Stellung in Barmen aufgab, um sich ganz seiner nächsten literarischen Aufgabe, dem „malerischen und romantischen Westfalen“ zu widmen, war er, der noch nicht Dreißigjährige, bereits als einer der bedeutendsten Dichter seiner Zeit anerkannt. Vereinzelt veröffentlichten in Zeitschriften, Übersetzungen, dann die 1838 erschienene erste Sammlung seiner Gedichte hatten seinen Namen bekannt gemacht, und weite Kreise, die sich nicht durch Heines Weltschmerz und geistreiche Witzeleien und nicht durch Venaus Melancholie befriedigt fühlten, jubelten dem warm und kräftig empfindenden jungen Dichter zu. Einen Beweis für die Stellung, die er sich bereits errungen hatte, lieferte das Abschiedsfest, das dem von Barmen Scheidenden die Freunde veranstalteten und an dem etwa sechzig Männer der verschiedensten Berufsstellungen teilnahmen. Nun suchte er ein ruhiges Fleckchen am schönen Rhein, um sich ungestört seiner Arbeit widmen zu können, und ein glücklicher Zufall führte ihn

wiedersehen können oder nicht, ob Sie Nachricht von mir haben wollen, wie wir erst verabredeten, aus der Ferne. Aber prüfen Sie sich ernst. Was Sie für Ihr Wohl, für Ihre Ruhe bestimmen, soll mir eine heilige Pflicht sein zu erfüllen. Überlassen Sie es nicht mir, ich bin mit Recht mißtrauisch gegen mich.“ Mannhaft antwortet er zwei Tage darauf: „Ich bleib' Ihnen gut fürs Leben! Es wird mir ein Bedürfnis sein, Sie mit sorgendem Auge auf Ihren Wegen zu verfolgen, mich Ihres Glückes zu freuen und Ihnen, wenn je ein Unglück über Sie hereinbrechen sollte, mit der Tat zu beweisen, daß ich, wenn ich Ihnen auch nicht mehr sein kann, dennoch nie aufhören werde, Ihnen Freund zu sein! Geben Sie mir darum zuweilen Nachricht von dem Gange Ihres Schicksals — aber nicht gleich, lassen Sie erst einige Zeit verstreichen, damit ich mich sammeln kann!“ Aber auch Ida Melos hat der Kuß des Dichters und sein Brief einen Blick in einen Himmel von Seligkeit tun lassen. Sie dürstet nach heißer, befriedigender Liebe, sie schwankt zwischen Liebe und vermeintlicher Pflicht, sie flieht aus der Nähe des Geliebten, und nach beinahe drei Wochen erhält Freiligrath am 17. August ihr Jawort. In welcher Form die beiden ungesunden Verlobnisse gelöst worden sind, die beide bis dahin in ihren Fesseln gehalten hatten, erfahren wir nicht. Aber ein Jubelruf ist der Antwortbrief vom gleichen Tage, in dem er sagt: „Ganz, ganz mein! Nun mag kommen, was will, ich stehe fest und gerüstet! Und verdienen auch will ich mein Glück! Ich danke Gott, daß er mir's gab, aber ich weiß auch, welche Verpflichtungen er mir mit der Gabe auferlegt; und daß er mir zu dem Willen, ihnen nachzukommen, auch die Kraft gibt, das hoff' ich, und danach will ich ringen bis zum letzten Blutstropfen! So schließ' ich dich denn mit frohem, reinem Bewußtsein in meine Arme und drücke dir den Kuß der Verlobung auf die Lippen, meine liebe, herrliche Braut!“

Am 20. Mai 1841 hat die Trauung der beiden in dem weimarischen Dorf Groß-Neuhausen stattgefunden. Fünfunddreißig Jahre haben sie in glücklichster Ehe gelebt, einundzwanzig Jahre nach ihrem Gatten ist Ida Freiligrath, geistig rege und hochverehrt von den Ihrigen, als Achtzigjährige im Jahre 1897 heimgegangen. Der Briefwechsel aber, der schließlich zu diesem Herzensbunde geführt hat, sei allen Freunden des mannhaften Streikers für Freiheit und Vaterland als Festgabe zu seinem hundertsten Geburtstag hiermit herzlich empfohlen!

Studienrat Dr. Ernst Boesfer



Die fremden Kunstausstellungen in Berlin



seit einigen Jahren finden in Berlin Ausstellungen von Werken ausländischer Künstler vergangener Zeiten statt, denen sich gegenwärtig Malereien lebender amerikanischer Maler anschließen. Diese Ausstellungen bieten rein für sich genommen nichts wesentlich anderes als die „retrospektiven Ausstellungen“, die seit langem im Glaspalast zu München und an anderen Orten geboten werden. Auch hier stellt man uns in historischer Folge fremde Künstler in ihrer Eigenart zur Beurteilung und zum Studium vor. Dennoch besteht zwischen jenen und diesen Ausstellungen ein sehr